

BFH - Anhängige Verfahren

■ AO § 227:

Erlass, Säumniszuschlag, Sachliche Unbilligkeit, Aussetzung der Vollziehung

[Bundesfinanzhof Az: I R 85/16](#)

1. Sind Säumniszuschläge wegen sachlicher Unbilligkeit zu erlassen, wenn die Steuerfestsetzung später aufgehoben worden ist und der Steuerpflichtige alles getan hat, um die Aussetzung der Vollziehung des Steuerbescheids zu erreichen, das Finanzamt aber die Aussetzung "obwohl möglich und geboten" abgelehnt hat?
2. Setzt ein Erlass von Säumniszuschlägen voraus, dass der Steuerpflichtige auch einen Antrag beim Finanzgericht gestellt hat oder reicht eine erfolglose Antragstellung beim Finanzamt aus?

■ AO § 69:

Haftung, Vorstand, Fahrlässigkeit

[Bundesfinanzhof Az: VII R 8/17](#)

Haftung des Vorstands einer AG für nicht abgeführte Lohnsteuer.
Streitig ist, ob der Kläger nur fahrlässig gehandelt hat, weil er auf den Zufluss finanzieller Mittel (Zusage/Ankündigung eines Investors) vertrauen durfte.

■ AO § 69:

Haftung, Verein, Vorsitzender, Insolvenz, Restschuldbefreiung, Ermessen

[Bundesfinanzhof Az: VII R 2/17](#)

Wann wird eine Haftungsschuld insolvenzrechtlich begründet und schränkt im Zusammenhang damit die bevorstehende Restschuldbefreiung zugunsten des Haftungsschuldners das Entschließungsermessen für dessen Inanspruchnahme durch einen Haftungsbescheid ein?

■ BewG § 68 Abs 2 S 1 Nr 2:

Windkraftanlage, Grundstück, Betriebsvorrichtung, Bewegliches Wirtschaftsgut, Absetzung für Abnutzung, Investitionsabzugsbetrag

[Bundesfinanzhof Az: IV R 3/17](#)

Ist die Zuwegung zu einer Windenergieanlage in einem Windpark als selbständiges unbewegliches Wirtschaftsgut zu qualifizieren, oder handelt es sich um eine Betriebsvorrichtung, da die Zuwegung ausschließlich der Errichtung, Wartung und Reparatur der

Windenergieanlage dient und nach deren Abbau nutzlos und wertlos wird?

■ **EGRL 96/2003 Art 15 Abs 1 Buchst c:**

Frankreich, Mitgliedstaat, Energieerzeugnis, Stromerzeugung

Europäischer Gerichtshof Az: C-31/17

Vorabentscheidungsersuchen des Conseil d'Etat (Frankreich), eingereicht am 23.01.2017, zu folgender Frage:

Fallen für die Kraft-Wärme-Kopplung verwendete Energieerzeugnisse ausschließlich unter die mit Art. 15 Abs. 1 Buchst. c der Richtlinie 2003/96/EG des Rates vom 27.10.2003 eröffnete Möglichkeit zur Steuerbefreiung, oder fallen sie auch, was den Teil dieser Erzeugnisse betrifft, dessen Verbrauch der Stromerzeugung entspricht, in den Bereich der in Art. 14 Abs. 1 Buchst. a der Richtlinie vorgesehenen Verpflichtung zur Steuerbefreiung?

■ **EGRL 96/2003 Art 21 Abs. 3:**

Dänemark, Energieerzeugnis, Strom, Heizstoff, Kraftstoff

Europäischer Gerichtshof Az: C-49/17

Vorabentscheidungsersuchen des Ostre Landsret (Dänemark), eingereicht am 01.02.2017, zu folgenden Fragen:

1. Ist Art. 21 Abs. 3 der Richtlinie 2003/96/EG des Rates vom 27.10.2003 zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom dahin auszulegen, dass der Verbrauch von in Eigenproduktion hergestellten Energieerzeugnissen für die Herstellung anderer Energieerzeugnisse in einer Situation wie der im Ausgangsverfahren, in der die hergestellten Energieerzeugnisse nicht als Heiz- oder Kraftstoff verwendet werden, steuerbefreit ist?
2. Ist Art. 21 Abs. 3 der Richtlinie 2003/96/EG des Rates vom 27.10.2003 zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom dahin auszulegen, dass die Mitgliedstaaten den Umfang der Steuerbefreiung in der Weise einschränken können, dass nur der Verbrauch eines Energieerzeugnisses bei der Herstellung eines gleichwertigen Energieerzeugnisses (d. h. eines Energieerzeugnisses, das wie das verbrauchte Energieerzeugnis steuerpflichtig ist) von der Befreiung erfasst wird?

■ **ErbStG § 1 Abs 1 Nr 2:**

Schenkungsteuer, Freigebige Zuwendung, Verdeckte Gewinnausschüttung, Nahestehende Person, Doppelbesteuerung

Bundesfinanzhof Az: II R 42/16

Verdeckte Gewinnausschüttung als freigebige Zuwendung: 1. Stellt die Zahlung eines überhöhten Kaufpreises von einer Kapitalgesellschaft an eine nahestehende Person eine

freigebige Zuwendung dar, für die Schenkungsteuer festzusetzen ist?

2. Handelt es sich um eine Doppelbesteuerung, wenn der unangemessene Teil des Kaufpreises beim (mittelbaren) Gesellschafter ertragsteuerlich als vGA erfasst wird?

■ ***ErbStG § 10 Abs 5 Nr 2:***

Erbschaftsteuer, Nachlassverbindlichkeit, Zurechnung, Kirche

Bundesfinanzhof Az: II R 4/17

Weitergabeverpflichtung an die Kirchengemeinde als Nachlassverbindlichkeit: Der Kläger, ein Geistlicher, ist nach dem Dienstrecht kraft Gesetzes von der Erbschaft von Mitgliedern seiner eigenen Kirchengemeinde ausgeschlossen. Stellt die Weitergabeverpflichtung der Erbschaft an die Kirchengemeinde für den Kläger eine Nachlassverbindlichkeit dar, weil er tatsächlich nicht bereichert ist?

■ ***EStG § 10 Abs 1 Nr 1a:***

Sonderausgabe, Dauernde Last, Vertrag, Vermögensübergabe, Versorgungsleistung

Bundesfinanzhof Az: X R 38/16

Zahlung von Versorgungsleistungen als Sonderausgabe in Form einer dauernden Last oder als nicht abzugsfähige Unterhaltszahlung: Ist der Umstand, dass die Vertragsparteien des Versorgungsvertrages es versäumt haben, die Vermögensübertragungen (1. Übertragung der Eigentumswohnung - 2. Übertragung der Einzelfirma und der Mitunternehmeranteile) in einem Vertragswerk zu regeln lediglich eine formale Ungenauigkeit, der keine Bedeutung beizumessen ist oder ist nur die Übertragung der Eigentumswohnung als Gegenleistung für die Versorgungszusage zu werten, die weder als eine "existenzsichernde und ertragbringende Wirtschaftseinheit, deren Erträge ausreichen, um die wiederkehrenden Leistungen zu erbringen" (Typus 1), noch als eine "existenzsichernde Wirtschaftseinheit ohne ausreichende Erträge" (Typus 2) eingestuft werden kann?

■ ***EStG § 10b Abs 1a:***

Spende, Spendenbescheinigung, Neue Tatsache, Stiftung, Darlehen

Bundesfinanzhof Az: X R 46/16

Ist die FG-Entscheidung greifbar gesetzwidrig, weil das FA bei ursprünglicher Kenntnis der Tatsache, dass der Kläger sich das eingezahlte Stiftungskapital sogleich als Darlehen auszahlen lässt, einen anderen als den ursprünglichen Steuerbescheid erlassen hätte, das FG die Rechtserheblichkeit der nachträglichen Tatsachen jedoch nicht daran misst, ob sie zu einem anderen Ursprungsentscheid geführt hätten, sondern daran, ob sie zu einem anderen als einen fiktiv ursprünglich zu erlassenden Ursprungsentscheid führen würden (hier: Anerkennung von Spenden aufgrund einer materiell unrichtigen Zuwendungsbescheinigung, die ausgestellt wurde, bevor die vorläufige Bescheinigung über die Anerkennung der Stiftung als gemeinnützig ergangen war, und überdies rückdatiert wurde)?

■ **EStG § 10f:**

Erhöhte Absetzung, Bescheinigung, Gemeinde, Sanierung, Neubau, Dachgeschossausbau, Bindungswirkung, Einheitlichkeit, Wirtschaftsgut

[Bundesfinanzhof Az: X R 1/17](#)

Ist die Bescheinigung der Gemeinde, wonach durch den Ausbau des Dachgeschosses die Wohnung erst entstanden ist und es sich damit um ein neu geschaffenes Wirtschaftsgut, mithin um einen Neubau handelt, der nach § 7h EStG grundsätzlich nicht begünstigt ist, unschädlich, weil kein neuer Baukörper errichtet und lediglich ein Innenausbau vorgenommen worden ist?

Wie weit reicht die Bindungswirkung der von der Gemeindebehörde erteilten Bescheinigung, wenn sie die Entscheidung über das Vorliegen der steuerrechtlichen Voraussetzungen ausdrücklich dem FA überlässt?

Stellen die Vorschriften über die erhöhten Absetzungen nach den §§ 7h und 7i EStG in Bezug auf den Grundsatz, dass ein Wirtschaftsgut einheitlich abzuschreiben ist, eine Ausnahme dar?

■ **EStG § 11 Abs 2 S 2:**

Zufluss, Fälligkeit, Regelmäßig wiederkehrende Ausgabe, Umsatzsteuervorauszahlung, Frist

[Bundesfinanzhof Az: X R 2/17](#)

Ist § 11 Abs. 2 Satz 2 EStG so auszulegen, dass § 108 Abs. 3 AO für die Umsatzsteuervorauszahlung keine Bedeutung hat, sofern das Ende der Frist des § 18 Abs. 1 Satz 4 UStG auf einen Samstag oder Sonntag fällt?

■ **EStG § 13:**

Grundstück, Veräußerung, Betriebsvermögen, Land- und forstwirtschaftlicher Betrieb, Verkehrsbeteiligung, Steuererklärung

[Bundesfinanzhof Az: VI R 8/17](#)

Wird ein Betrieb der Land- und Forstwirtschaft eröffnet und unterhalten, wenn ein Steuerpflichtiger behauptet, er beabsichtige die Aufzucht, Mast und Vermarktung von Rindvieh auf bereits vorhandenen Grundstücken (ca. 80 a) und den Erwerb weiterer Grundstücke, jahrelang nach § 13a EStG ermittelte landwirtschaftliche Einkünfte erklärt, tatsächlich jedoch nur eigene Reitpferde zu privaten Zwecken gehalten hat, und gehört deshalb ein bei der Veräußerung eines dieser Grundstücke (Betriebsvermögen) erzielter Gewinn zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft?

■ **EStG § 15 Abs 2 S 1:**

Betriebsaufspaltung, Personelle Verflechtung, Selbstkontrahierungsverbot, Vermietung

Bundesfinanzhof Az: IV R 4/17

Liegt die personelle Verflechtung vor, wenn die zu je 1/3 an der Betriebsgesellschaft beteiligten Gesellschafter neben einem mit 1 % beteiligten Nur-Besitzgesellschafter mit je 33 % an der Besitzgesellschaft beteiligt und zu deren Geschäftsführern bestellt, jedoch nicht nachweislich von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit sind?

■ ***EStG § 15 Abs 3 Nr 1:***

Personengesellschaft, Abfärbetheorie, Billigkeitsmaßnahme, Feldinventar, Bindungswirkung

Bundesfinanzhof Az: IV R 51/14

Entfällt die im Rahmen der gesonderten und einheitlichen Feststellung der Besteuerungsgrundlagen für eine landwirtschaftlich tätige GbR, die gemäß § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG Einkünfte aus Gewerbebetrieb erzielt, bestandskräftig getroffene Billigkeitsentscheidung, gemäß R 14 Abs. 2 Satz 3 EStR auf die Aktivierung des Feldinventars zu verzichten, Bindungswirkung für die Festsetzung des Gewerbesteuermessbetrags?

■ ***EStG § 17 Abs 2:***

Veräußerung, Eigene Anteile, Gesellschaft, Umgliederung, Rücklage, Anschaffungskosten, Gesellschafter, Anteilseigner

Bundesfinanzhof Az: IX R 7/17

Erfüllt der Erwerb eigener Anteile durch die Gesellschaft bei einem ausscheidenden Anteilseigner die Merkmale eines Veräußerungsgeschäfts i.S. des § 17 Abs. 1 EStG? Ergeben sich aus der Umgliederung einer freien Rücklage in eine zweckgebundene Rücklage zum Zweck des Erwerbs eigener Anteile (§ 272 Abs. 1a HGB) nachträgliche Anschaffungskosten beim Gesellschafter?

■ ***EStG § 19 Abs 1 S 1 Nr 1:***

Arbeitslohn, Geldwerter Vorteil, Seminar, Gesundheitskontrolle, Eigenbetriebliches Interesse, Veranlassungszusammenhang

Bundesfinanzhof Az: VI R 10/17

Sind die vom Arbeitgeber getragenen Aufwendungen für die Teilnahme seiner Arbeitnehmer an einwöchigen Seminaren zur Vermittlung grundlegender Erkenntnisse über einen gesunden Lebensstil (sog. „Sensibilisierungswoche“) im Rahmen eines ganzheitlichen Personalentwicklungsprogramms Arbeitslohn?

■ ***EStG § 20 Abs 2 S 1 Nr 3 Buchst a:***

Termingeschäft, Verlust, Werbungskosten

Bundesfinanzhof Az: VIII R 1/17

Handelt es sich bei Knock-Out-Zertifikaten mit Stopp-Loss-Schwelle um Termingeschäfte i.S. des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 Satz 1 EStG 2008 bzw. § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Buchst. a EStG 2009 und sind Verluste aus diesen Zertifikaten steuerlich berücksichtigungsfähig?

■ ***EStG § 21 Abs 1 S 1 Nr 1:***

Wohnung, Arbeitnehmer, Vermietung, Arbeitgeber, Wohnzwecke, Vermietung und Verpachtung, Abgrenzung

Bundesfinanzhof Az: IX R 9/17

Ob und in welchem Umfang sind die Kosten einer behindertengerechten, gehobenen Badrenovierung in einer an den Arbeitgeber vermieteten Wohnung, die vom vermietenden Arbeitnehmer allein als Home-Office genutzt wird und sich in einem sonst eigengenutzten Zweifamilienhaus befindet, als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung zu berücksichtigen?

■ ***EStG § 2a Abs 1 S 1 Nr 6a:***

Vermietung und Verpachtung, Drittstaat, Erbe, Erblasser, Gesamtrechtsnachfolge, Verlust, Negative Einkünfte

Bundesfinanzhof Az: IX R 5/17

Gehen gesondert festgestellte verbleibende negative Einkünfte nach § 2a Abs. 1 Satz 5 EStG auf den Erben über?

■ ***EStG § 32 Abs 4 S 1 Nr 2 Buchst a:***

Berufsausbildung, Dauer, Kindergeld

Bundesfinanzhof Az: III R 19/16

Kindergeld: Dauert die Berufsausbildung trotz einer vorgezogenen Abschlussprüfung und Übergabe des Abschlusszeugnisses an, wenn die praktische Ausbildung bis zum Ende der vertraglich vorgesehenen Ausbildungszeit fortgesetzt wird?

■ ***EStG § 33:***

Außergewöhnliche Belastung, Krankheitskosten, In-vitro-Fertilisation, Gleichheitsgrundsatz, Aufteilung

Bundesfinanzhof Az: VI R 2/17

Welche Aufwendungen einer in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft lebenden empfängnisunfähigen Frau für eine heterologe künstliche Befruchtung durch In-vitro-Fertilisation sind als außergewöhnliche Belastungen i.S. von § 33 EStG zu berücksichtigen?

gen?

- **ESTG § 4 Abs 3 S 4:**
Personengesellschaft, Gold, Gewerbebetrieb, Überschussrechnung, Betriebsausgabe, Steuerstundungsmodell

Bundesfinanzhof Az: IV R 57/16

Ist physisches Gold ein den Wertpapieren vergleichbares nicht verbrieftes Recht im Sinne von § 4 Abs. 3 Satz 4 EStG mit der Folge, dass Anschaffungskosten bei Gewinnermittlung durch Überschussrechnung erst bei Veräußerung oder Entnahme als Betriebsausgaben abgezogen werden können? Handelt es sich bei sog. "Goldfinger"-Gestaltungen um Steuerstundungsmodelle im Sinne des § 15b EStG?

- **ESTG § 4 Abs 3 S 4:**
Personengesellschaft, Gold, Gewerbebetrieb, Überschussrechnung, Betriebsausgabe, Steuerstundungsmodell

Bundesfinanzhof Az: IV R 58/16

Ist physisches Gold ein den Wertpapieren vergleichbares nicht verbrieftes Recht im Sinne von § 4 Abs. 3 Satz 4 EStG mit der Folge, dass Anschaffungskosten bei Gewinnermittlung durch Überschussrechnung erst bei Veräußerung oder Entnahme als Betriebsausgaben abgezogen werden können? Handelt es sich bei sog. "Goldfinger"-Gestaltungen um Steuerstundungsmodelle im Sinne des § 15b EStG?

- **ESTG § 4 Abs 5 S 1 Nr 8 S 4:**
Geldbuße, Kartellamt, Abzugsfähigkeit

Bundesfinanzhof Az: I R 2/17

Kann aus dem Umstand, dass das Bundeskartellamt bei der Bußgeldbemessung wegen unerlaubter Kartellabsprachen den tatbezogenen Umsatz heranzieht, um den Ahndungsteil zu ermitteln, geschlossen werden, dass damit automatisch und zwangsläufig der unrechtmäßig erlangte Mehrerlös abgeschöpft wurde und das Abzugsverbot für Geldbußen nach § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 8 Satz 4 EStG deswegen nicht zur Anwendung kommt?

- **ESTG § 6 Abs 1 Nr 1 S 3:**
Immobilienfonds, Umlaufvermögen, Liquidation, Teilwertabschreibung

Bundesfinanzhof Az: I R 3/17

Sind dem Umlaufvermögen zugehörige Anteile an in Liquidation befindlichen offenen Immobilienfonds, deren Rücknahme ausgesetzt ist, auf den Zweitmarktwert abzuschreiben, wenn allein der Befund vorliegt, dass zwar zwei miteinander konkurrierende Werte

- nämlich der Rücknahmewert und der Zweitmarktwert - existieren, es aber nicht verifizierbar ist, dass der Zweitmarktwert der zutreffendere Wert ist?

■ **ESTG § 62 Abs 1 S 1 Nr 2 Buchst b:**

Kindergeld, Beschränkte Steuerpflicht, Zufluss, Gewerbebetrieb

[Bundesfinanzhof Az: III R 5/17](#)

Kommt es bei Steuerpflicht gem. § 1 Abs. 3 EStG bei der Erzielung inländischer gewerblicher Einkünfte auf den Zufluss oder den Zeitpunkt der Tätigkeitsausübung an?

■ **ESTG § 9 Abs 1 S 3 Nr 4:**

Erste Tätigkeitsstätte, Entleiher, Betrieb, Zuordnung

[Bundesfinanzhof Az: VI R 6/17](#)

Unter welchen Voraussetzungen kann bei befristeten Leiharbeitsverhältnissen --unter Geltung des ab VZ 2014 geltenden neuen Reisekostenrechts-- die betriebliche Einrichtung des Entleihers die erste Tätigkeitsstätte des Leiharbeitnehmers sein?

■ **GewStG § 9 Nr 1 S 2:**

Grundstücksunternehmen, Erweiterte Kürzung, Ausschließlichkeit, Vermietung, Betriebsvorrichtung, Geringfügigkeit

[Bundesfinanzhof Az: I R 22/17](#)

Ist die erweiterte Kürzung für Grundstücksunternehmen im Streitfall ausgeschlossen, da neben Grundbesitz auch die Bodenbefestigung im Bereich einer Tankstelle, eine Rohrpostanlage und Teile einer Küchenausstattung überlassen wurden und es sich hierbei um Betriebsvorrichtungen handelt? Verstößt bereits eine marginale Mitvermietung von Betriebsvorrichtungen gegen das Ausschließlichkeitsgebot?

■ **GrStG § 17 Abs 1:**

Grundsteuer, Grundsteuermessbetrag, Fortschreibung, Zurechnungsfortschreibung

[Bundesfinanzhof Az: II R 10/17](#)

Dingliche Wirkung eines Grundsteuermessbescheids: Beschränkt sich eine Neuveranlagung des Einheitswerts anlässlich eines Eigentumswechsels auf die Bestimmung des neuen Steuerschuldners? Ist also die Zurechnungsfortschreibung durchzuführen ohne zu prüfen, ob auch eine Wertfortschreibung zu erfolgen hat?

■ **KraftStG § 3d Abs 1 S 1:**

Kraftfahrzeugsteuer, Elektroauto, Steuerbefreiung, Zulassung, Gleichbehandlung

Bundesfinanzhof Az: II R 12/17

Umrüstung eines Fahrzeugs zum Elektroauto - Steuerbefreiung - erstmalige Zulassung: Ist ein Fahrzeug auch dann gemäß § 3d KraftStG von der Kraftfahrzeugsteuer zu befreien, wenn es vor dem 18. Mai 2016 zum reinen Elektrofahrzeug umgerüstet und als solches zum Straßenverkehr zugelassen wurde?

■ ***KStG § 32a Abs 1 S 1:***

Änderung, Festsetzungsverjährung, Ablaufhemmung, Heilung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 2/17

Kann ein Steuerbescheid gegenüber dem Gesellschafter, dem eine vGA zuzurechnen ist, nach § 32a Abs. 1 KStG aufgehoben oder geändert werden, obwohl gegenüber der Körperschaft der Körperschaftsteuerbescheid hinsichtlich der Berücksichtigung der vGA noch nicht erlassen, aufgehoben oder geändert worden ist?

■ ***StromStG § 10:***

Stromsteuer, Antragstellung, Frist, Festsetzungsfrist

Bundesfinanzhof Az: VII R 26/16

War im Zeitpunkt der mit Schreiben vom April 2012 begehrten Änderung ("Korrektur" des Antrags vom 25. März 2011) der bereits festgesetzten Stromsteuerentlastung für das Jahr 2010 Festsetzungsverjährung eingetreten?

Ist § 170 Abs. 3 AO bei der Aufhebung, Änderung oder Berichtigung der Festsetzung einer Stromsteuerentlastung nach § 10 StromStG anwendbar?

■ ***UmwStG 2006 § 12 Abs 1:***

Abstockung, Abschreibung, Beteiligung, Gemeiner Wert, Lebensversicherung, Verschmelzung, Verlust

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 84/17

Steuermindernde Berücksichtigung einer Abstockung auf den gemeinen Wert sowie eines Übernahmeverlusts bei sog. Aufwärtsverschmelzung von Lebensversicherungsunternehmen

■ ***UStG § 1 Abs 1 Nr 1:***

Telefon, Steuerbare Leistung, Steuerentstehung, Entgelt, Sonstige Leistung

Bundesfinanzhof Az: XI R 4/17

Zeitpunkt der Leistungsausführung bei Umsätzen im Zusammenhang mit sog. Prepaid-Verträgen: Ist aus Guthaben bei Prepaid-Verträgen Umsatzsteuer abzuführen, soweit der Kunde die Guthaben während der Vertragsdauer nicht nutzt oder genutzt hat und der Telekommunikationsanbieter sie --mangels Geltendmachung durch den Kunden-- nicht

zurückerstattet hat, wenn der Kunde die Guthaben während der Vertragsdauer für verschiedene Leistungen seines Telekommunikationsanbieters und von Drittanbietern hätte einsetzen können?

Stellen die ungenutzten Guthaben Entgelt für die Erreichbarkeit der Kunden nach Aufladung dar bzw. sind sie zusätzliches Entgelt für bepreiste Telekommunikationsdienstleistungen, die der Kunde während der Vertragslaufzeit genutzt hat?

■ **UStG § 15 Abs 1 Nr 1:**

Vorsteuerabzug, Nachweis, Leistung

Bundesfinanzhof Az: V R 65/16

Ist der Unternehmer beim Vorsteuerabzug verpflichtet, einen echten Negativbeweis dahingehend zu führen, dass er keine Anhaltspunkte für etwaige Ungereimtheiten in Bezug auf den Leistenden oder die Leistung hatte?

■ **UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1 S 1:**

Vorsteuerabzug, Steuerbare Leistung, Schadensersatz, Unternehmerische Tätigkeit

Bundesfinanzhof Az: XI R 1/17

Vorsteuerabzug im Zusammenhang mit Unterlassungs- und Schadensersatzansprüchen: Steht einem Rechteinhaber ein Vorsteuerabzug aus anwaltlichen Dienstleistungen zu, welche zur Geltendmachung von Unterlassungs- und Schadensersatzansprüchen notwendig waren?